



**Kai Seefried**

Mitglied des Niedersächsischen Landtages  
CDU-Fraktion  
Schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

**Wahlkreisbüro Assel**  
Am Asseler Fleet 31  
21706 Drochtersen  
Tel: 04148/ 610479  
Fax: 04148/ 616360  
Email: mail@kai-seefried.de

**Wahlkreisbüro Stade**  
Am Hinterdeich 4  
21680 Stade  
Tel: 04141/ 7976488

**Internet**  
[www.kai-seefried.de](http://www.kai-seefried.de)

## **Landtagsrede vom 3. Juni 2015**

### **Auszug aus dem stenografischen Bericht der 64. Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages**

Erste (und abschließende) Beratung: **100 000 Unterschriften gegen das rot-grüne Schulgesetz - Petitionen jetzt berücksichtigen!** - Antrag der Fraktion der CDU –  
Drs. 17/3542

**Kai Seefried (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Bei einer Schulgesetzänderung sollte es eigentlich darum gehen, Antworten auf die aktuellen Fragen und Herausforderungen der Bildungspolitik zu finden und Bildungspolitik tatsächlich nachhaltig weiterzuentwickeln und zu verbessern.

Herr Politze, Sie haben vorhin in Ihrer Rede gesagt, Sie hätten das in Ihre Wahlprogramme aufgenommen. Ich frage: Warum tun Sie es dann nicht endlich?

*(Zustimmung bei der CDU)*

Aktuelle Themen, die dringend Antworten benötigen, stehen massenhaft auf der Tagesordnung. Vieles ist angesprochen worden und ließe sich an dieser Stelle sicherlich unzählig fortsetzen. Es geht natürlich um die große gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Umsetzung der Inklusion. Alle Beteiligten warten hierbei auf die richtigen Antworten: die Schulträger, die Schulleitungen, die Lehrkräfte und natürlich auch die Eltern und die Schüler.

Es geht um Fragen wie die Ausstattung, wie die Aus-, Fort- und Weiterbildung, wie die Steuerung und um die Zukunft der Förderzentren. Genau diese Fragen sind es, auf die die Menschen jetzt Antworten benötigen. Ihre Schulgesetzänderung liefert hierauf nicht eine einzige Antwort. Im Gegenteil: Anstatt Antworten zu liefern, schaffen Sie neue Verunsicherung bei dieser wichtigen Aufgabe.

*(Beifall bei der CDU)*

SPD und Grüne haben es zu verantworten - durch ihre Debatte, durch ihren Koalitionsvertrag -, dass aus dem grundsätzlich positiv besetzten Thema Inklusion eine Schließungsdebatte geworden ist. Diese Debatte setzen Sie hier fort und verunsichern damit alle Beteiligten.

Herr Scholing, Sie haben gesagt, Ihre Schulgesetzänderung gibt die Antworten. Aber ich sehe hier keine Antwort, die uns tatsächlich etwas weiterbringt. Uns fehlen die Antworten - auch bei dieser Schulgesetzänderung.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Es muss um weitere Themen gehen, um Themen, die uns aktuell beschäftigen. Ein Thema ist die Schulsozialarbeit. Aber an dieser Stelle passiert nichts! Es werden zwar immer wieder Handlungsstrategien und Konzepte angekündigt, aber bei diesen Reden und Ankündigungen bleibt es dann auch. Diese Gesetzesänderung, Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin, liefert keine Antworten auf wichtige schulpolitische Fragen.

Ein weiteres Thema ist die Unterstützung der Flüchtlinge in unseren Schulen. Das haben wir heute Vormittag in der Aktuellen Stunde diskutiert. Dabei ist eindrucksvoll deutlich geworden - so kann man das nun wirklich zusammenfassen, selbst wenn man es vorsichtig formuliert: Es ist schlichtweg ein Skandal, wie die Landesregierung mit diesem Thema in unseren Schulen umgeht, wie unsere Schulen alleingelassen werden. Es ist schlichtweg ein Skandal, wie ein Thema - das ja nicht erst gestern auf uns zugekommen ist, sondern das schon lange auf der Agenda steht - so dermaßen gegen die Wand gefahren werden kann, wie es unter SPD und Grüne in Niedersachsen derzeit passiert.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Das nächste Thema ist die Unterrichtsversorgung, eigentlich das grundlegendste Thema überhaupt, um Bildung erst einmal abzusichern und dann gut zu ermöglichen. Wir kommen zu einer Entwicklung zurück, wie wir sie vor dem Jahr 2003 in Niedersachsen hatten. Sie alle werden sich noch an die desaströse Unterrichtsversorgung erinnern, die damals hier geherrscht hat. Und genau darauf arbeiten SPD und Grüne in Niedersachsen auch heute wieder hin! Junge, gut ausgebildete Lehrkräfte, die in Niedersachsen ihre Ausbildung gemacht haben und die hier einen Arbeitsplatz suchen, werden von dieser Landesregierung ausgeschlossen, werden nicht eingestellt.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, Sie fahren die Unterrichtsversorgung systematisch gegen die Wand!

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Allein wenn man den Bereich Unterrichtsversorgung nimmt, macht das Ganze für mich den Eindruck, als wenn die Abgeordneten von SPD und Grünen nicht beabsichtigen, über diese Wahlperiode hinaus weiter zu regieren - weil sie dieses Thema wirklich systematisch gegen die Wand fahren.

*(Gerald Heere [GRÜNE]: Populismus!)*

Was wird also aus der Unterrichtsversorgung? - Auch hierzu keine Antworten durch die Landesregierung!

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Diese Landesregierung beschäftigt sich gerade nicht mit den Themen, die für Schulen, für Lehrer, für Eltern und natürlich auch für die Schülerinnen und Schüler wichtig sind. Nein, dieser Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen geht es bei dieser Schulgesetzänderung nur um eines: Es geht ihnen

nur darum, ihre Bildungsideologie, die bisher nicht umzusetzen war, jetzt endlich schulgesetzlich auf den Weg zu bringen. Eine Bildungsideologie aus der Mottenkiste der 70er-Jahre des vorigen Jahrhunderts - das ist genau das, was Sie hier auf den Weg bringen wollen.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Mit SPD und Grünen heißt es in Niedersachsen nicht „Zukunftsoffensive Bildung“, sondern „Zurück in die Vergangenheit“. Rückschritt statt Fortschritt in der Bildungspolitik - das sind SPD und Grüne in Niedersachsen.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

SPD und Grüne wollten dieses jetzt gerne Schulgesetz abfeiern. Nur haben sie keinen gefunden, der so richtig mit ihnen feiern will. Deswegen hat die SPD-Landtagsfraktion für 12.45 Uhr draußen vor dem Landtag eine Demo bestellt. Angemeldet hat sie 50 Personen und 100 Luftballons. Schauen wir mal, was dabei herauskommt. Daran wird doch schon Ihre Verzweiflung deutlich.

*(Frank Oesterhelweg [CDU]: Die werden nachher zum Essen eingeladen!)*

Die Grünen sagen heute Morgen in einer Pressemitteilung: Wir sind bei dieser Schulgesetzänderung ja so mit uns im Reinen. - Und Herr Scholing wird zitiert mit: Das mit dieser Schulgesetzänderung haben wir so richtig gut gemacht.

Aber sie alle ignorieren die Realität. Die Realität im Land ist nämlich eine andere: Wir sehen landesweit, an vielen verschiedenen Standorten Demonstrationen von Lehrkräften, von Schülern und von Eltern. Wir sehen Petitionen mit mehr als 100 000 Unterschriften von Menschen, die gegen Ihre Bildungspolitik aufbegehren. Wir sehen Schülerdemonstrationen, die Sie am liebsten zensieren und bei denen Sie der Schulleitung einen Maulkorb verpassen möchten. Und wir sehen Demonstrationen, wie sie in der letzten Woche in Celle stattgefunden haben. In Celle haben 500 Menschen gegen Ihre Bildungspolitik demonstriert.

Und um das gleich noch einzuschieben: Herr Politze, Sie haben zu der Sache in Brake gesagt, es sei ganz schlimm gewesen, dass der dortige Schülervertreter in der Jungen Union sei; das könnte ja alles angezettelt gewesen sein.

*(Stefan Politze [SPD]: Das war er nicht!)*

Aus Celle ist mir nicht bekannt, dass die Demonstration von der Jungen Union oder von der CDU organisiert worden wäre. Vielmehr sind 500 Eltern, Lehrkräfte und Schüler von sich aus auf die Straße gegangen, um gegen Ihre Bildungspolitik zu demonstrieren. Bei dieser Demo haben die Demonstranten auch ein Lied gesungen. Ich will daraus nur eine Strophe vortragen. Diese Strophe, die die 500 Menschen in Celle nach der Melodie des Liedes „An der Nordseeküste“ gesungen haben, lautet:

„Protest rührt sich an vielen Schulen im Lande. - Euer Umgang damit ist eine Riesenschande. - Dabei ist es nur eine Stimme Mehrheit, die zählt. - Eine solche Regierung wird bald abgewählt.“

*(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Meine Damen und Herren, es wird einfach immer wieder deutlich: Anstatt wirkliche Antworten auf die Fragen zu liefern, die Sie auch selbst angepriesen haben, kümmern Sie sich erst gar nicht um die Fragestellungen. Sie schreiben wohlklingende Aussagen und Parolen auf Plakate und laden zu einem Dialogforum nach dem anderen ein, aber die Frage ist doch: Lässt sich alles das, was Sie tun, eigentlich an der Realität messen?

Ich möchte nur eine Überschrift herausgreifen, die auf Plakate gedruckt wurde. Das habe ich mir nicht selber ausgedacht, sondern das hat diese Landesregierung auf die Plakate gedruckt. Auf dem Plakat steht: „Gymnasien gemeinsam stärken“. Jetzt wollen wir doch einmal schauen, ob diese Überschrift dem, was mit der Schulgesetzänderung passiert, standhält.

*(Johanne Modder [SPD]: Das tut es noch immer!)*

Es wurde mehrfach gesagt, und auch von Herrn Scholing deutlich betont: Es geht um die Wiedereinführung des G9. Das G9 - in Niedersachsen absolut gewollt und auch von vielen unterstützt - passt sicherlich mit der Überschrift „Gymnasien gemeinsam stärken“ zusammen. Die entscheidende Frage ist aber, wie das umgesetzt wird - von Ihnen, Frau Modder, aber auch von uns, der CDU-Fraktion.

*(Johanne Modder [SPD]: Von Ihnen auch, Herr Seefried?)*

Wir als CDU-Fraktion haben bereits im Frühjahr letzten Jahres ein eigenes Konzept auf den Tisch gelegt, wie die Umsetzung aussehen könnte und wie man auch eine Antwort auf das Thema „leistungsstarke Schülerinnen und Schüler“ bekommt. Ich höre immer noch, was die Kultusministerin anschließend im NDR-Interview gesagt hat: „Was will denn die CDU im März dieses Jahres mit diesem Vorschlag? - Im Herbst kommen wir doch mit unserem Vorschlag!“

Jetzt sind es nur noch acht Wochen bis zum Beginn des nächsten Schuljahrs. Dieses G9 ist desaströs vorbereitet. Die Schulen wissen nicht, wie sie es umsetzen sollen. Die Studententafel befindet sich massiv in der Kritik. Die Schulen befürchten eine Schwächung des Abiturs. Selbst die größten Befürworter des G9 sind total verzweifelt, weil sie nicht mehr wissen, wie sie das, was Sie hier auf den Weg bringen, umsetzen sollen.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Das ist nicht die Wahrheit, und das wissen Sie auch!)*

Frau Modder, das ist die Wahrheit. Gucken wir auf den Kalender! Heute ist der 3. Juni. Sie wollen das, was wir heute beschließen, nach den Sommerferien umsetzen. Vier Jahrgänge auf einmal sollen dieses G9 umsetzen. Die wissen aber nicht, wie das aussieht.

Bei der Anhörung im Kultusausschuss haben wir diese Verzweiflung förmlich erleben können. Die Schulbuchverlage - Westermann & Co. - saßen in den Reihen der Gäste, weil sie endlich hören wollten, ob sie vielleicht auch einmal ein Schulbuch drucken dürfen, was dann dieses G9 entsprechend begleiten soll.

Alle diese Vorbereitungen sind nicht erfolgt. Ich unterstelle dieser Landesregierung gerade in diesem Bereich groben Vorsatz - weil Sie gar nicht wollen, dass das G9 am Gymnasium ein Erfolg wird.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD)*

Der nächste Bereich, der dazu gehört, wenn Sie das G9 zum Erfolg bringen wollen, ist die Lehrerausstattung. Die Landesregierung rechnet selber vor, dass wir für dieses G9, also für ein Jahr länger Schulzeit, 1 300 Lehrerstellen mehr im Jahr 2020/2021 brauchen.

Ich habe vorhin bereits etwas zur Unterrichtsversorgung gesagt, nämlich wie systematisch gerade die Gymnasien bei den Einstellungen ausgebremst werden. Nur um einmal die Zahlen zum Halbjahr zu nennen: 284 Lehrkräfte scheiden an Gymnasien aus, 84 Stellen haben Sie neu besetzt. Die frei werdenden Lehrerstellen an den Gymnasien werden nicht besetzt. Das Gymnasium und auch das G9 sind das Sparprogramm dieser Landesregierung!

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Astrid Vockert [CDU]: Das ist erschreckend!)*

Das „Erschreckende“, wie Frau Vockert dazwischenruft, ist einfach: 2017/2018 haben wir den Regierungswechsel, und wir müssen das dann ausbaden, weil wir in Niedersachsen dieses G9-Abitur haben, aber Sie die Lehrkräfte nicht eingestellt haben.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Ich bin immer noch bei der Überschrift „Gymnasium gemeinsam stärken“ und komme zum nächsten Punkt: „Die Gesamtschule als ersetzende Schulform“.

Das Schöne ist, dass die Menschen im Land von ganz alleine merken, was das, was Sie hier auf den Weg bringen, bedeutet. Die *Braunschweiger Zeitung* hat in einem Kommentar geschrieben: „Dieses Gesetz ist das Gesamtschulbeschleunigungsgesetz für Niedersachsen.“

Deswegen noch einmal die Aufforderung an Sie: Geben Sie das nun doch auch endlich offen zu! Aber an sich hat Herr Scholing das hier am Rednerpult ja schon deutlich gesagt: Sie wollen nicht, dass wir ein vielfältiges Bildungssystem für unsere Schülerinnen haben. Sie wollen nicht, dass es die Wahlfreiheit gibt, ob man eine Hauptschule, eine Realschule, eine Oberschule oder ein Gymnasium besucht. Sie haben nur ein einziges Ziel, ein Ziel, das in allen Bildungspapieren von SPD und Grünen steht: Sie wollen ein hoch integratives Bildungssystem für alle in Niedersachsen. - Das ist das, was Sie wollen, und nun geben Sie das doch auch endlich offen zu.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Natürlich wird es nicht sofort zu einem massenhaften Schulsterben kommen. Aber Sie läuten den Weg für diese Strukturdebatte ein. Allein die Diskussion darüber, ob es diese Schule zukünftig noch geben wird, hat etwas mit der Qualität des Schulstandortes zu tun. Wenn Eltern darüber entscheiden sollen, wo sie ihr Kind anmelden, und dann immer wieder die Diskussion geführt werden muss, ob es diese Schule zukünftig überhaupt noch gibt, dann ist das genau das Gegenteil dessen, was wir für gute Bildung brauchen. Für gute

Bildung brauchen wir Ruhe an den Schulen - Sie aber bringen eine erneute Strukturdebatte über das gesamte Land, die niemandem hilft.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Die Gegenargumente, die Sie anführen, sind nahezu lächerlich. Die Ministerin und auch die regierungstragenden Fraktionen stellen sich hierhin und sagen: Stellt euch von CDU und FDP doch nicht so an! Wir stärken doch das Gymnasium noch, indem wir jetzt in das Schulgesetz hineinschreiben: „Jede Schülerin/jeder Schüler hat das Recht, ein Gymnasium zu besuchen.“ - Es gibt aber eine Einschränkung. Sie lautet: „unter zumutbaren Bedingungen oder zumutbarer Entfernung“. Und zumutbar sind für Sie 75 Minuten Fahrzeit je Richtung. Das ist das, was Sie unter Stärkung des Gymnasiums verstehen: Sie wollen, dass unsere Schülerinnen und Schüler zweieinhalb Stunden am Tag im Bus sitzen und zu dieser Schule gefahren werden.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Aber es geht noch weiter. Sie haben das in der letzten Pressemitteilung von letztem Freitag noch einmal verstärkt, indem Sie gesagt haben: Wir wollen wirklich die gymnasialen Standorte absichern. - Sie haben jetzt noch die Regelung mit aufgenommen, dass ein Schulträger, der beabsichtigt, das Gymnasium in seinem Schulträgerbereich komplett zu schließen - mit der Folge, dass es dann keines mehr gibt -, mit dem Nachbarschulträger einen Vertrag schließen muss, damit dieser andere Schulträger dann die Schülerinnen und Schüler des Schulträgers aufnimmt, der kein Gymnasium mehr hat. Ich sage.: Vielen Dank dafür! Es ist zwar großzügig von Ihnen, dass Sie so das Recht zur Anwahl eines Gymnasiums stärken wollen, aber die Realität, die dahinter steht, und diese vertragliche Regelung zeigen aber, dass Sie es nicht nur nicht ausschließen, sondern mit Ihrem Gesetz sogar ganz bewusst in Kauf nehmen, dass wir in Niedersachsen zukünftig gymnasialfreie Zonen haben.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Herr Scholing, Herr Politze, Sie sagen, nichts wird passieren. Das habe ich mir eben sogar noch einmal aufgeschrieben. In der Debatte hier im Landtag haben wir schon mehrfach Sätze gehört, die wir auch schon in anderer Tonart vernommen hatten, nämlich mit dem Tenor: Niemand hat vor, ein Gymnasium zu schließen.

Ich sage noch einmal: Wenn Sie das alles nicht vorhaben, dann brauchen wir diese Schulgesetzänderung auch nicht.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Nun ein weiterer Punkt zu der Überschrift „Gymnasien gemeinsam stärken“. SPD und Grüne haben in die Beratungen zum Schulgesetz einen Änderungsantrag eingebracht, mit dem sie die Lage der Lehrkräfte im Blick auf Klassenfahrten verbessern wollen. Dafür wollten Sie ihnen nämlich mehr Anrechnungsstunden geben.

Im Grundsatz ist das auch eine total gute Idee. Es ist nur ein Haken dabei. Wenn man den Lehrkräften, die Klassenfahrten durchführen, mehr Anrechnungsstunden geben will, dann müssen diese Stunden ja irgendwo in das System hineingegeben werden. Aber da ist dann ganz schnell „still ruht der See“. Da gibt es nichts: nicht mehr Stunden, nicht mehr Geld,

nicht mehr Ausstattung. - Es ist eine Mogelpackung, die Sie hier auf den Weg gebracht haben.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Lehrkräfte sollen selber erwirtschaften, was sie anschließend an Verbesserungen bekommen - oder andere sollen dafür mehr arbeiten. Den Begriff „Mogelpackung“ habe ich mir im Übrigen gar nicht selber ausgedacht. Der Begriff ist in der *Nordwest-Zeitung* zu lesen gewesen. Direkt nach dieser Sitzung hat Herr Reichenbachs einen Kommentar geschrieben, dessen ersten Satz ich einmal zitieren werde: „Auf so eine dreiste Idee muss man erst kommen.“

*(Astrid Vockert [CDU]: Ja!)*

Und er hat hinzugefügt: „So etwas nennt man Mogelpackung.“

Deswegen nochmals: Es gibt für Sie nur einen einzigen Weg, die Proteste im Land zu beseitigen: Nehmen Sie Ihre völlig falschen Entscheidungen zur willkürlichen Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer und zur Abschaffung der Altersermäßigung aller Lehrkräfte zurück! Wenn Sie heute unseren Anträgen folgen, können Sie dieses endlich korrigieren. Wir haben Sie dazu im Landtag mehrfach aufgefordert. Das ist Ihre Chance, die Proteste tatsächlich zu beseitigen.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Kommen wir jetzt zu dem großen Thema „Umsetzung der Inklusion“. Man kann es eigentlich ganz einfach zusammenfassen. Bei SPD und Grünen steht die Ideologie vor dem Kindeswohl.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Das wird auch mit dieser Gesetzesänderung erschreckend deutlich. Sie können doch nicht ernsthaft glauben, dass Sie die Vielzahl der Probleme, die es bei der Umsetzung der Inklusion nachweislich gibt - ich habe sie vorhin genannt -, dadurch lösen können, dass Sie die Förderschulformen abschafft. Das kann doch nicht der richtige Weg sein.

Wir haben hier im Niedersächsischen Landtag mit Ihren Stimmen, Frau Modder, 2012 einen Paradigmenwechsel beschritten

*(Johanne Modder [SPD]: Wo waren Sie eigentlich? Was haben Sie vorbereitet? Gar nichts!)*

indem wir gesagt haben: Wir wollen nicht, dass Eltern, die ein Kind mit einer Behinderung haben, vor ein Gericht ziehen müssen, um sich in die allgemeinbildenden Schule einzuklagen. Genau das wollen wir nicht! Wir wollen nicht, dass Eltern vor Gericht ziehen müssen. Wir wollen, dass jede Schule in Niedersachsen eine inklusive Schule ist.

Wir haben aber auch gesagt: Um diesen Weg zu gehen, wollen wir die Wahlfreiheit für die Eltern, die Wahlfreiheit für den besten Lern- und Förderort für ihr Kind. Genau so ist es möglich, die Betroffenen mitzunehmen.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Die Betroffenen sehen das übrigens genauso. Unzählige Petitionen an den Landtag machen das deutlich. Aber SPD und Grüne verschließen die Augen davor und erklären alles das, was an Petitionen im Rahmen dieser Gesetzesberatung dem Landtag vorgelegt worden ist, sogar für erledigt. SPD und Grüne ignorieren die Menschen und ignorieren das Kindeswohl, das dahintersteht, gerade in dem wichtigen Bereich der Inklusion.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Wenn wir nicht wollen, dass Eltern vor Gericht ziehen müssen, um ihr Kind in eine allgemeinbildende Schule einzuklagen, dann dürfen wir doch auch nicht wollen, dass Eltern vor Gericht ziehen müssen, um ihr Kind in eine Förderschule einzuklagen. Aber genau das ist das, was wir heute in Niedersachsen erleben. Deswegen sage ich noch einmal ganz deutlich: Für die CDU in Niedersachsen ist die Abschaffung der Förderschulen nicht verhandelbar!

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Und das nicht, weil wir *gegen* Inklusion sind,

*(Filiz Polat [GRÜNE]: Doch!)*

sondern weil wir *für* Inklusion sind, weil wir alle Beteiligten mitnehmen wollen.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)*

Herr Scholing hat vorhin gesagt, Sie wollten mit diesem Schulgesetz Verbotsschilder abbauen. - Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Sie hängen Verbotsschilder auf. Sie verbieten Eltern mit Kindern, die Förderbedarf haben, ihre entsprechende Förderung zu bekommen und ihre Schule zu bekommen.

*(Christian Dürr [FDP]: Warum machen Sie das?)*

Sie hängen die Verbotsschilder auf. Das ist die falsche Mentalität bei der Inklusion. Wir brauchen keine Mentalität, die verbietet, sondern wir brauchen eine Mentalität, die etwas ermöglicht und die vor Ort Konzepte gestalten lässt.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Sie überfordern alle Beteiligten: Sie überfordern die Eltern, Sie überfordern die Lehrkräfte, und Sie überfordern die Kinder, die hier eigentlich im Mittelpunkt stehen müssen. Deswegen lehnen wir das ab.

Insgesamt stelle ich fest: Die gesamte Schulgesetzänderung trägt die Handschrift der ideologischen Mottenkiste der 70er-Jahre und atmet den dauerhaften Gedanken der Bildungsgerechtigkeit. Bei SPD und Grünen hängt Bildungsgerechtigkeit immer mit Bildungsgerechtigkeit. Bei SPD und Grünen hängt Bildungsgerechtigkeit immer mit Gleichmacherei zusammen. Aber Schule ist gerade nicht der Ort zur Herstellung von Gleichheit. Schule muss der Ort zur Herstellung der Individualität und der Persönlichkeit sein - darauf müssen wir unser Bildungssystem ausrichten.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*



Ihre Schulgesetzänderung krankt an Ihrer eigenen Ideologie, die übrigens auch viele Mitglieder von SPD und Grünen vor Ort leid sind. Wir haben es an vielen Stellen im Land erlebt, dass auch Mitglieder von SPD und Grünen gegen genau diese Ideologie protestieren.

Deswegen fordere ich Sie hier nochmals auf: Sie haben nachher die Chance, bei jeder einzelnen Abstimmung, bei jedem einzelnen Paragraphen - wir haben nachher rund 100 Abstimmungen - dafür zu sorgen, dass die Menschen in Niedersachsen auch zukünftig eine Wahlfreiheit haben und dass das Kindeswohl tatsächlich im Mittelpunkt steht.

*(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

**Vizepräsident Karl-Heinz Klare:**

Vielen Dank, Herr Seefried.